

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für

den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.

Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitung, u. Geschäftsstelle Dresden-A. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21295.
Postleitz. Konto Dresden 2486 / Staatssch. Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder breiter Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Grenzung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Gattweise Nebenblätter: Landtag-Bulletin, Zeitungsliste der Staatschuldenverwaltung, Holzpfosten-Zeitungsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 8

Dresden, Montag, 11. Januar

1932

Wichtige Erklärungen des Reichskanzlers zur Reparationsfrage

Deutschland nicht in der Lage, seine politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten.

Interview des Reichskanzlers mit dem Chefredakteur des W. L. B.

Berlin, 10. Januar.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Liste der deutschen Delegation für die Reparationskonferenz in Lausanne empfing Reichskanzler Dr. Brüning gestern den Chefredakteur des W. L. B. Dieser wies darauf hin, daß diese amtliche Nachricht die politische Öffentlichkeit natürlich sehr interessierte, und fragte, welche Gesichtspunkte bei der Zusammenstellung der Delegation beachtet worden seien.

Der Reichskanzler betonte einleitend, daß der bevorstehende Reparationskongress in Lausanne eine sehr große Bedeutung aufzunehmen. Er habe es daher nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsausßenminister, sondern auch als Reichskanzler, dem nach der Verfassung die Bestimmung der Richtlinien der Politik zualle, für seine Wahl gehalten trotz der Fülle seiner sonstigen Amtsgeschäfte die Führung der Delegation selbst zu übernehmen. Außerdem würden die zuständigen Ministerinnenminister Dietrich und Reichswirtschaftsminister Warbold teilnehmen. In seiner Begleitung werde sich Staatssekretär v. Billow befinden, da auf einer außenpolitisch so bedeutsamen Konferenz natürlich auch das Auslandsamt als solches maßgeblich vertreten sein müsse. Gleichzeitig sei aber Bedacht darauf genommen worden, durch Berücksichtigung von leitenden Beamten in Berlin, so der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichskanzler, die Arbeitsfähigkeit des Reichskabinets in Berlin, namentlich für etwaige Rücksprachen der Lausanner Delegation, sicherzustellen. Während der Dauer der Konferenz werde die Reichsregierung in Berlin unter Leitung des Reichswehr- und Reichsinnenministers Dr. h. c. Groener stehen.

Der Chefredakteur fragte weiter, ob denn der Reichskanzler angesichts der gegenwärtigen politischen Lage eine längere Abwesenheit von Berlin für vertreibbar halte. Der Chefredakteur wies hierbei insbesondere auf die am kommenden Dienstag stattfindende Sitzung des Altestenrates des Reichstages hin, in der bekanntlich auf kommunistischen Antrag über die Frage der etwaigen vorzeitigen Einberufung des Reichstages Beschluss gesetzt werden sollte. In seiner Antwort verlanierte der Reichskanzler diese Bedenken keineswegs, sagte aber hinzu, daß seine Teilnahme an der Reparationskonferenz aus dem eingesang erwarteten Grunde absolut Vorordnungliche sei. Er halte es übrigens nach der bisherigen Haltung des Altestenrates eigentlich für ausgeschlossen, daß sich eine Weisheit für sofortige Einberufung des Reichstages zur Behandlung reparationspolitischer Fragen finden könne. Die Reichsregierung habe schon bei verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen, daß sie keineswegs beabsichtige, den Reichstag als maßgeblichen Faktor der deutschen Gegebung auf die Dauer auszuhalten. Vielmehr habe sie selber bei der letzten Tagung des Reichstages auf den Beschluss hingewiekt, für Ende Februar dieses Jahres eine erneute Tagung des Reichstages ins Auge zu lassen. Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde noch ein. Den Einberufungstermin nun aber etwa auf Mitte oder Ende Januar legen zu wollen, sei nach seiner Aussicht geradezu unverhältnismäßig. In demselben Augenblick, wo die Reichsregierung sich entscheide, die wichtigsten wasserläufigen Interessen des Landes um seine Existenz ringenden deutschen Volks vor dem Auslande zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen vor dem Plenum des Reichstages eine völlige Unmöglichkeit.

Die Frage des Chefredakteurs, ob er diese Ausführungen des Reichskanzlers der Öffentlichkeit mitteilen dürfe, bejahte der Reichskanzler ausdrücklich. Der Chefredakteur fügte hinzu, daß für diese Haltung der Reichsregierung bei dem größten Teil der deutschen politischen Öffentlichkeit nach seiner Aussicht durchaus Verständnis vorhanden sei. Wenn da und dort noch Zweifel vorhanden seien, so beruhen sie im wesentlichen darauf, daß

die Haltung der Reichsregierung und der deutschen Delegation in Lausanne noch nicht genügend klar umrisse sind und in der Öffentlichkeit bekannt sei. Der Reichskanzler unterstellt sein Erstaunen über diese Frage nicht und betonte, daß irgendwie in Lausanne doch nicht gut möglich sei. Er brauche in dieser Hinsicht nur auf die verschiedenen Sitzungen der Delegationen der letzten Zeit hinzuweisen, wobei er die amtlichen Äußerungen anlässlich des Neujahrsfestes und seine eigene Aussicht vom 7. Dezember erwähnte.

Es gälte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht des Basler Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die betreuten Folgen gezeichnet, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergreift worden seien, und erkläre von ihnen an, daß sie in der modernen Gelehrteitung ohne Spiel

dastanden. Zugleich beweise der Bericht, daß ein seitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die heimige finanzielle Völkerung der Welt sei, griesserisch ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln fordere. Dafür, wohin die Entwicklung der Regierungen gehen müssten, gebe der Bericht, wenn er auch auf formalisierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinie an. Er zeige die tatsächliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welchem engen tatsächlichen Zusammenhang gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Vorstellungen, von denen seinerzeit die Verfasser des Youngplanes ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten.

Hiermit, so betonte der Reichskanzler, sei im Grunde alles gesagt. Es liege klar zu Tage, daß Deutschlands Lage ihm

die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, daß System solcher politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gegebene Tschlagung darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Auflösung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Tschlagung Rechnung trügen und nicht nach Kompromißlösungen suchen, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Um die Wiederwahl des Reichspräsidenten.

Hugenberg und die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs.

Natibor, 10. Januar.

Auf dem Kreisparteitag des Kreisvereins Natibor-Land der Deutschen Nationalen Volkspartei führte der hellvertretende Kreisparteiführer Dr. von Winterfeld (Berlin) u. a. aus, die Besprechung zwischen Hitler und Hugenberg sei noch nicht abendig und werde morgen vormittag fortgesetzt. Zum Standpunkt Hugenburgs und der Deutschen Nationalen Volkspartei zu einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg erklärte Dr. v. Winterfeld auf Grund einer Umerhaltung von heute vormittag mit Hugenberg, daß die Deutschen Nationalen der Ansicht seien, den Reichspräsidenten habe nach der Verfassung das deutsche Volk und nicht der Reichstag zu wählen. Die Deutsche Nationalen Volkspartei könne einer Verlängerung der Amtszeit nicht zustimmen, und man müsse sich schon jetzt mit dem Gedanken vertraut machen, daß im Falle der Reichspräsidentenwahl durchgeführt werden müsse.

Nach der Besprechung Brüning-Hugenberg. — Die Möglichkeiten der heutigen Antwort.

Berlin, 10. Januar.

Wie wir erfahren, hat die Besprechung die heute mittag zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten stattgefunden, 1½ Stunden gedauert. Ein praktisches Ergebnis hat sie noch nicht erbracht. Dr. Hugenberg hat sich wohl im wesentlichen darauf beschäftigt, eine Reihe von Fragen zu stellen, die natürlich in erster Linie das aktuelle Problem der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg betrachten, sich aber darüber auch auf die Haftungspolitik der Reichsregierung erstreckten. Dieze informatorische Qualität der Unterredung war ja schon dadurch bedingt, daß die Organisationen die in der nationalen Opposition zusammengeschlossen sind, erst am morgigen Montag nachmittag eine gemeinsame Sitzung haben werden, in der ihre Aufstellung endgültig gefestigt werden soll. Nach dieser Sitzung wird die Antwort an den Kanzler ergehen, und zwar, wie jetzt auch in nationalen loyalistischen Kreisen verlautet, voraussichtlich schriftlich. Ob sie gemeinsam erarbeitet wird, oder ob die einzelnen Parteien getrennt für sich antworten werden, steht noch dahin. Es wird aber versichert, daß auch bei getrennter Antwort bestielde sachliche Inhalt angenommen sei.

Inzwischen ist nun ja bekanntgeworden, daß der parlamentarische Abgang des Problems auf der Rechten Karls

denken entgegengesetzt werden. Man spricht in diesen Kreisen deshalb jetzt von der Möglichkeit, daß die Antwort auf eine Volksabstimmung hinauslaufen könnte, die das Ergebnis haben würde. Ein solcher Weg kann vielleicht auch schon durch die Haltung des Stahlhelms zu der ganzen Frage gezeigt werden, der ja einer der wesentlichen Faktoren in diesem Kreise ist. Reichspräsident v. Hindenburg ist Ehrenmitglied des Stahlhelms und daraus ergibt sich dessen Einstellung, die eigentlich schon von selbst. Im ganzen aber sieht, wie gesagt, etwas Sicherer über die Antwort der Rechten noch nicht sei. Man muß zunächst abwarten, zu welchem Entschluß die mögliche Nachwählungskonferenz kommt. Wie dem aber auch sei, rechnet man in politischen Kreisen doch immer stärker damit, daß es auf alle Fälle gelingen wird, dem deutschen Volke die ehrendwürdige Persönlichkeit Hindenburg auch für die Zukunft als Reichsoberhaupt zu erhalten.

Dingeldey und Hitler.

Magdeburg, 10. Januar.

Auf der Tagung der Reichsausschüsse der Deutschen Volkspartei für Handwerk, Einzelhandel und Gewerbe sprach heute Parteiführer Dingeldey über die politische Lage. Zur Frage der Reparationen sagte er u. a., es bestehe kein Zweifel in Deutschland darüber, daß nicht mehr in der Lage sei, die Reparationslasten zu zahlen. Das Ziel der deutschen Politik müsse sein, der Welt zu zeigen, daß die Unmöglichkeit, weitere Zahlungen zu leisten, nicht auf dem bösen Willen Deutschlands, sondern allein auf das vertragswidrige Verhalten der Gegner zurückzuführen sei, die durch ihre unsinnige Politik die Vorstellungen des von ihnen geschaffenen Vertrages systematisch zerstört hätten.

Zur Frage einer ehemaligen Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs sagte Dingeldey, daß Hindenburg für die Außenpolitik ein unerwartet starker Faktor sei. Die Gestalt Hindenburgs sei das Symbol dafür, daß Deutschland nicht die alte revolutionäre Krafte werde. Man müsse Verständnis dafür haben, daß Hindenburg seinen Namen nicht durch tumultuarische Versammlungen gesetzt sehen möchte. Deshalb solle der Reichstag seine Wiederwahl beschließen. Dingeldey wies auf Besprechungen hin, die er dieser Tage mit Hitler hatte, wobei Hitler die Notwendigkeit einer weiteren Präsidentschaft Hindenburgs erkannt habe. Es sei zu wünschen, daß Hitler den Weg finde, diese Errnennung in die Tat umzusetzen. Wenn Hitler in diesen Tagen mit Brüning gesprochen habe, so

müsste man endlich an maßgebender Stelle ein Ende damit machen, die NSDAP als jenseits der Gesetzlichkeit zu betrachten. Man dürfe die NSDAP und die sogenannte Eisernen Front nicht mit zweierlei Maß messen.

Die Tagung fand ihren Abschluß mit der Abstimmung eines Ergebnistelegramms an den Reichspräsidenten.

Eine Goebbelsrede in Essen.

Essen, 10. Januar.

Der Berliner Gauleiter der NSDAP, Dr. Goebbels, sprach hier in den Ausstellungshallen. Bei Eröffnung der Versammlung verlas Ortsgruppenführer Zillenk ein Schreiben des Essener Oberbürgermeisters Bracht, wonach dieser auf Anordnung der preußischen Regierung der NSDAP in Zukunft keine hädlichen Säle und Hallen zur Verfügung stellen dürfe.

Dr. Goebbels erklärte in seiner Rede u. a., die Verlängerung des Amtszeit des Reichspräsidenten sei in erster Linie eine Verfassungsfrage. Die NSDAP stehe in orthodoyer Legalität auf dem Boden der Verfassung. In diesem Sinne werde sie auch in dieser Frage ihre Entscheidung treffen. Jedenfalls zeige die Entwicklung der letzten Tage, daß man die NSDAP nicht mehr auf dem Spiele lassen könne.

Eine Erklärung der Nationalsozialisten über die Verhandlungen mit dem Reichskanzler.

Berlin, 11. Januar.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt in einem Schreiben mit, daß der Führer der NSDAP am 6. Januar d. J. durch den Reichsinnenminister Groener im Auftrage des Reichskanzlers davon unterrichtet worden sei, es bestünde die Absicht, die Amtszeit des Reichspräsidenten durch Parlamentsbeschluß zu verlängern, und daß Adolf Hitler sich zurzeit bemühe, die Situation zu klären. Das Schreiben führt fort: Die endgültige Entscheidung, die noch nicht festliegt, wird ausschließlich bestimmt sein von den Rücksichten auf die Lebensinteressen der durch die nationalsozialistische Bewegung vertretenen deutschen Nation einerseits und die Würde und das Ansehen der Person des Reichspräsidenten andererseits. Als bisher von nationalsozialistischer Seite in der Presse verbreiteten Versionen über die Haltung, die Adolf Hitler bei den Verhandlungen mit dem Reichskanzler eingenommen hat, sind ungesehen und beruhen lediglich auf tendenziösen Kombinationen

Jährungen Wiggens: Die deutschen Banken bewirken bei den Reichstagsverhandlungen einen aufrechten Vertrag der Wehrkraft und auch die Gläubigerbanken zeigen Entgegenkommen. Wir bedenken nicht, den Kredit in solcher Weise zurückzuziehen, daß Deutschland dadurch Verlegenheiten bereitet werden. Ein weit größeres Vertrag Auszubüte könnte liquidiert werden, wenn das Ausland Reichsmark annähme. Da jedoch die Auszubüte in Auslandssiedlungen steht, hängt die Liquidierung von der Fähigkeit Deutschlands ab, sich diese Deutschen zu verschaffen. Es liegt daher im Interesse der Gläubiger ebenso wie Deutschlands, die Gold- und die Reservenreserve der Reichsbank zu schützen.

Außenpolitische Forderungen der Wirtschaftspartei.

Berlin, 9. Januar.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei beschloß, den Fraktionstaat zu beanspruchen, dem Reichstag von einer einmütigen Entscheidung der Fraktion Kenntnis zu geben, in der es heißt:

Die Fraktion ist der Auffassung, daß die Regierung auf der Reparationskonferenz den Verlierer Vertragsmächten erschien ist, daß Deutschland keine Möglichkeit mehr hat, politische Bedingungen zu leisten. Die Unmöglichkeit, solche Bedingungen zu leisten, ergibt sich aus der deutlichen und aus der Weltwirtschaftslage, sowie daraus, daß die Vorzugsabgaben, unter denen der Berliner Vertrag und die Haushaltsumdrehungen untergezogen wurden, nicht erfüllt sind, grundlegend geändert sind. Die moralische und rechtliche Möglichkeit, weitere politische Bedingungen zu verneinen, steht die Wirtschaftspartei vor allem auch darin, daß Deutschland wesentlich mehr geschah, als zur Widerentzettelung der durch den Krieg entstandenen Schäden insgesamt einzumenden war.

Nationalsozialistische Friedhofsschändung.

Homburg, 9. Januar.

Der Heizungsmeister Ludwig Krautendorfer und der Motorradfahrer Franz Jordan, Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die in der Nacht zum 8. Januar in angrenzendem Gebäude auf dem kleinen jüdischen Friedhof zehn Grabsteine umgeworfen hatten, wurden zu zehn bzw. sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Im Verlauf der Verhandlung vor dem Schnellrichter sollte sich heraus, daß Krautendorfer bereits schon wegen Viehstalls Beitrags und Hehlerei, zuletzt mit schätzigen Monaten Gefängnis und drei Jahren Theraustausch, verhängt ist.

Die Angeklagten gaben vor Gericht zu ihrer Entschuldigung an, daß sie jetzt betrunken gewesen wären und den Weg über den Friedhof nur zur Beleidigung ihres Heimatweges benutzt hätten. In der Drunkenheit hätten sie dann einige Steine umgeworfen. Dagegenüber ließen sie die Angaben des Polizeidienstes, der die Täter verhaftet hat. Er bescheinigte, daß die Angeklagten zwar etwas entdeckt, aber keineswegs betrunken gewesen seien, daß sie nicht mehr gewußt hätten, was sie taten.

Die lippsischen Gemeinderatswahlen.

Dortmund, 10. Januar.

Die lippsischen Gemeinderatswahlen sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Lediglich in Schöntorf kam es im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer Schlägerei. Dabei wurden ein Nationalsozialist und ein Kommunist verletzt. Die Wahlteilnahme war äußerst stark.

bei einem Tagesschnitt von 1051 insgesamt 314 280 Wähler zahlte, zeigte 1931 eine Steigerung um 70 000 oder 24 Prog. Von der Gesamtzahl der Wähler wurden auf Grund der Eintragungen 7 Prog. als Fremde festgestellt, was einer Zahl von rund 28 000 ausländigen Besuchern entspricht.

Sachsen-Anhalt. Opernhaus. Am gestrigen Sonntag, 9. Januar, um 20 Uhr, wurde die einzige Sitzung des Volksaufsichtsrates der Partei der Sowjetunion. — Werner Dietrich, Rechtsanwalt, Parteiausschuß, Maria Gund, Schriftsteller, Willi Lippmann, erst n. als Sowjetanwalt, Sophie Schmid, Politische Leitung: Walter Meissner: Claus Lehmann. — Antrittsrede: Die am Sonntag, den 10. Januar, halbseitige Anzeige in der Zeitung „Sachsen-Anhalt“ und die entsprechende Ausschreibung des Volksaufsichtsrates am Freitag, den 12. Januar, waren beide vollständig abgeschlossen.

Sachsen-Anhalt. Die Städte und Kreise. Der 11. Januar, Untersekretär A. Der Willensdorf und „Zentrale“ von Weißensee. — Spielstätte: Georg Ritter, „Unione“ 8 Uhr. — Mittwoch, den 12. Januar, Untersekretär A. Gotha. — Spielstätte: Gustav Götz, „Unione“ 15 Uhr.

Wittenberg. Wegen eines Schusses und damit verbundener Verletzung, die am Dienstag, den 10. Januar, verübt wurden,

Wittenberg. Wegen Dienstag abends 21 Uhr: 25 Wochentag, der Wochentag, seit 1929, den 12. Januar, von Kurt Graebig, Regie: Robert Taub, Bühnenbild: Günther Schramm. Ende nach 15 Uhr. — Freitag, den 15. Januar, abends 21 Uhr, findet die Uraufführung des Dramas „Der Mann mit der Kappe“ von Siegfried Hause, bearbeitet von J. G. Rau, der man mit seinem Unterhaltungsvermögen und an der autoritären Theatertypus erstaunt werden. Die Hauptrolle spielt Wolf Reuter, Regie: Otto Stoeckel.

Wittenberg. Die Blume von Samaw mit Kurt Reutter, der bald auch wiederum auf dem Spielplatz. Die beiden Wittenberger Bühnenabende am 15. und 16. Januar, abends 21 Uhr, werden von dem Schauspieler und Komödianten, Walter Schilling, übernommen.

Wittenberg. Um allen Arten den Verlust der eingelösten Übertragung, die Flucht in die Schweiz einzudämmen, hat die Wittenberger die Unternehmensleitung der Stadtverwaltung und dem Wittenberger Stadtbaurat um 4 Uhr morgens

Wittenberg. Gestern Morgen um 4 Uhr im Städtischen Dritten Beamtenzimmer, das Reichsgericht (Wittenberg, Wittenberg, Hotel Schilling). — Werner Dietrich, 8 Uhr im Staatsgerichtshof Berlin (Reichsgericht) und Staatsanwaltschaft Berlin (Reichsgericht).

Ergebnisse Dortmund: Renten 428 (450 Stimmen), Volksdienst 670 (622), Kriegsbeschädigte 328 (558 bei Stadtverordnetenwahlen von 1928), Kommunisten 797 (421), Sozialdemokraten 1354 (2370) Beamtenliste 597 (—), Stadtpatent 188 (616) Deutsche Volkspartei 663 (1280), Deutschnationale 959 (897), Nationalsozialisten 2852 (2152).

Salzhausen: Kommunisten 902 (376), Sozialdemokraten 2031 (810), Renten 484 (806), Deutschnationale 336 (747). Vereinigte Bürgerliste 566 (—), Evangelische Vereinigung 656 (558), Bürgerliche Liste Schöntorf 465 (—), Kriegsbeschädigte und Heimatlosen 232 (—), Nationalsozialisten 2868 (2068).

Bomberg: Bürgerliche Liste 1261 (—), Sozialdemokraten 621 (809), Parteilose 196 (—), Kommunisten 241 (223).

Die in Klammern gelegten Ziffern bezüglich sich auf die Stimmenzahlen bei der letzten Reichstagswahl vom 14. September 1930.

Nach dem Ergebnis der Kreiswahl bestehen im Kreis Detmold weiterhin sich die Mandate wie folgt: Sozialdemokraten 8, Deutschnationale 2, Bürgerliche Liste 3, Renten 6, Evangelische 1, Volksdienst 1, Nationalsozialisten 7, Nationalsozialistische Liste 0, Kommunisten 3.

Gesamtzahl der in Lippe abgegebenen Stimmen einschließlich der kreisfreien Städte: Sozialdemokraten 25 898 (bei der letzten Reichstagswahl 30 142), Deutschnationale 8016 (7263), Bürgerliche Liste 13 237 (0), Renten 2282 (2648), Evangelische 3056 (9023), Nationalsozialisten 28 442 (20 510) Kommunisten 9670 (5867) Stimmen.

Ein Überfall von Nationalsozialisten auf Stahlhelmer.

Berlin, 9. Januar.

Der „Stahlhelm“, das Bundesorgan des Stahlhelmverbands, berichtet:

In der Silvesternacht hat sich in Gütersloh (Westfalen) ein höchst bedrohlicher Vorfall ereignet. 16 Kameraden der Ortsgruppe und des Jungstahlhelms Gütersloh, die keine Verwandten am Ort und in der Nähe haben, hatten sich am Silvesterabend im Stahlheimheim zusammengefunden, um einen von Kameraden gesetzten Kartoffel zu essen. Vegen 22 Uhr gingen die Kameraden zu ihren Häusern, um ihnen ein gutes neues Jahr zu wünschen. Als sie nach 24 Uhr vom Markt zum Heim zurückgegangen, wurden sie von einem nationalsozialistischen Soldat von vor der Tür stehenden Angehörigen der NSDAP, angerempelt. Sie summieren sich nicht um diese Freigabe und gingen weiter. Als sie vor dem Stahlheimheim anlangten, trafen sie dort auf eine Gruppe Nationalsozialisten, die ebenfalls sofort begannen, unsre Kameraden anzupeilen. Die Stahlhelmer ließen sich aber auch jetzt nicht provozieren und begaben sich sofort in das Innere des Heims.

Sie hielten sich gerade um den Tisch des kleinen Raumes gekehrt, als die Tür aufgerissen wurde, drei SA- und SS-Leute mit dem Rufe „Heil Hitler“ das Heim betrat und vier verlangten. Der Hauswart, Kamerad Peters, erklärte ihnen, daß es hier kein Heim gäbe, daß sie aber eine Tasse Kaffee bekommen könnten. Während dieses Gesprächs hatten die drei Nationalsozialisten sich durch den dicht belegten Raum an die der Tür gegenüberliegende Wand gedrängt. Sie verschafften öffentlich, mit unseren Kameraden in Kontakt zu treten. Einer von ihnen entnahm dem auf dem Küchentheke stehenden Besteckkasten ein Messer, daß ihm aber sofort von einem Kameraden abgenommen wurde.

Der Hauswart, Kamerad Peters, forderte die drei Nationalsozialisten, die keine Ruhe geben wollten, nunmehr auf, das Heim zu verlassen. Da sie dieser mehrfach wiederholten Aufforderung nicht nachkamen, wurden sie aus dem Raum gedrängt. Dabei begannen sie sofort auf die Kameraden einzuschlagen.

Raschlich ließ die Stuhlhörder entfernen und die Ordnung im Heim wiederhergestellt war, ließen sich die Stahlhelmer und die beiden anwesenden Frauen zweier Kameraden wieder an den Tisch.

Glücklich lag die Tür auf und die drei Nationalsozialisten stürmten herein und schlugen mit Stühlen und einer gefüllten Sitzfläche (!) auf die nichtanhäufenden Stahlhelme und die Frauen ein. Durch die Enge des Raumes (6 : 4 Meter) und Verkrümmerung des Betonbodenganges waren die Kameraden nicht sofort zu weitem Weite in der Lage. Kamerad Schmidt erlitt eine schwere Rierensverletzung, Kamerad Brumauß eine Kontusion am Kopf. Die Kameraden Brumauß II und Höppner III trugen blutende Kopfwunden davon. Die Kameraden Maier und Glaßner brachen mit Gehirnerschütterungen zusammen. Am schwersten wurde Frau Glaßner zusammengeschlagen. Sie wurde in die Schädelhöhle gerammt und die Hirnhälfte zerstört. Sie mußte sofort einer Operation unterzogen werden. Nach Ansicht des behandelnden Arztes besteht größte Lebensgefahr.

Wie durch Augenzeuge festgestellt wurde, hatten sich die drei Nationalsozialisten zusammen mit 10 bis 14 SA-Leuten zum Stahlheimheim begangen. Andelschein wurde den Angriff auf die Stahlheimkameraden schon in den ersten Minuten geplant.

Wir enthalten uns jeden Kommentars zu diesem unchristlichen Vorfall und erwarten, daß die Nationalsozialistische Partei die notwendigen Konsequenzen ziehen wird."

Strahlschläge gegen Dr. Schäfer. Die Zeitung „Vormacht der NSDAP“ hat Strahlschläge gegen den Reichsbürgerschreiter Dr. Schäfer er-

hoben, weil er angeblich Gelder der Ortsgruppe Offenbach der NSDAP, die er zur Weiterförderung an die Gauleitung erhalten hatte, nicht abgeliefert haben soll. Es soll sich um 150 RM handeln.

Die Kreisabstimmung in den Berliner Gas- und Wasserwerken. Bei der Kreisabstimmung über den Streik in den Berliner Städtischen Gas- und Wasserwerken haben sich 60 Prozent der Bevölkerung für den Streik ausgesprochen, während die Beteiligung 92 Prozent beträgt. Die Durchsicht einer Streiks ist jedoch einer Vereinbarkeitlichkeit.

Die Gewerkschaften werden nur heute die Erklärung zu dem letzten Angebot aus den Verhandlungen mit dem Magistrat und den Werksdirektoren abgeben.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

Die Arbeitsgemeinschaft der östlichen Berufe gegen die Auflösung des Königsberger Kunsthistorischen.

gegenwärtigen Zeiten ein Sachverständiger in Beratungen an der Spitze Amerikas benötigt werde.

Auf die an ihn gerichtete Frage, ob es wahr sei, daß er bei den Präsidentschaftswahlen in Amerika kandidieren wolle, erklärte der amerikanische Botschafter in London, Davies: Welche Dummkopf! Über diese Geschichte will ich mich gar nicht erst unterhalten.

Die Chose National Bank zu den deutschen Krediten.

Paris, 11. Januar.

Wie "New York Herald" aus New York meidet, hat der Präsident der Chose National Bank in seinem Jahresbericht an die Aktionäre der Bank betont, daß Deutschland im Verlaufe der beiden letzten Jahre durch Zahlung von ungünstig fünf Milliarden R.R. sehr große Vitalität bewiesen habe. Die auswärtige Schulden Deutschlands sei seit dem 31. Juli 1931 um 1080 Millionen R. verringert worden. Die Rückzahlungen seien eine gewaltige Anstrengung dar und zeigten zur Genüge, daß das aufstrebende Deutschland gewährten Kredite wohlüberlegt Verwendung gefunden hätten. Die Rückzahlungen seien aber zu hoch gewesen. Die deutschen Vanties hätten jedenfalls bona fides und Zusammenarbeit gezeigt beweisen.

Freiheitsstrafen gegen indische Volksführer.

Delhi, 9. Januar.

Der interimistische Vorsitzende des Indischen Kongresses, Nehru, ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. — Wegen einer Beschwerde gegen die indische Regierung wurde der Führer der indischen Kommunisten, Roy, zu zwölf Jahren Verbannung mit Zwangsarbeitslager verurteilt.

Eine britische Note an Japan.

Tokio, 11. Januar.

Wie Reuter von zuständiger Stelle erfährt hat der japanische Botschafter in London vom japanischen Außenministerium eine Note der britischen Regierung zugehen lassen, in der Japan erzählt wird, zu bestätigen, daß es sich zur Politik der offenen Tür in der Mandchurie bekenne. Wie verlautet ist der japanische Botschafter in London, Matsudaira, ermächtigt worden, Japanische Verpflichtungen in dieser Hinsicht erneut zu bestätigen.

Zusammenstoß zwischen japanischen Truppen und mandschurischen Banden.

Tokio, 10. Januar.

Ein japanisches Kavallerieregiment erhielt gestern nach bei einem Zusammenstoß mit einer starken Abteilung Banditen, deren Zahl auf ungefähr 5000 geschätzt wird, weitlich von Tschinkau schwere Verluste. Ein Oberst, vier Offiziere, 15 Mann wurden getötet, 20 verwundet. Japanische Verstärkungen wurden eilig auf den Weg gebracht.

Auslösung des "Verbandes der Polen in Lettland". Durch Beschluss des Danziger Begegnungsgerichts in der "Verband der Polen in Lettland", der wegen gelegentlicher Täglichkeit unter Anklage gestellt worden war, aufgehoben worden.

Der Berliner rumänische Gesandte zum neuen Justizminister andererseits. Wie das rumänische Blatt "Diminea" erläutert, soll zum Nachfolger des verstorbenen Justizministers Damangiu der rumänische Gesandte in Berlin Tască auftreten sein, der indessen noch keine endgültige Antwort erteilt haben soll.

Aus der Landeshauptstadt.

* Eine Richtigstellung. Die Nachrichtenstelle der Stadt Dresden teilt mit: Durch ein Dresdner Blatt ist verbreitet worden, daß in der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke-U.G. Korruptionen vorgekommen seien. Diese Behauptung ist unmöglich. Das andere Gründen schweift gegen einen Beamten ein Diskussionsrunden. Da es noch nicht abgeschlossen ist, kann hierüber nichts berichtet werden.

* In den Kreisland. Mit Ablauf des Monats Januar scheidet Oberst Ehrig, der Stadtkommandant von Dresden, nach zweijähriger Tätigkeit in diesem Amt aus dem militärischen Dienst aus. — Geh. Hofrat Dr. Münnichmeyer, seit 1898 leitender Arzt an der gynäkologischen Abteilung der Dresdner Diaconissenanstalt, ist alterthalber von seiner Tätigkeit zurückgetreten. Sein Nachfolger ist der bisherige Leiter der Erkrankungsanstalt Dr. Ehrig Venowitz.

* Stilllegung eines Dresdner Krankenhauses? Wie die Sächsisch-Böhmisches Korrespondenz von unterrichteter Seite erklärt, dürfte noch im Laufe dieses Monats die Frage der Stilllegung eines Krankenhauses entschieden werden. Die Belegung der verschiedenen Krankenhäuser hat infolge der bekannten Sparmaßnahmen der Krankenanstalten erheblich nachgelassen; es kann nun nicht darüber gesprochen werden. Seit längerer Zeit wurde daher erwogen, eines oder mehrerer Krankenhäuser stillzulegen. Man dachte dabei in erster Linie an das Carolathaus und an das Krankenhaus Löbtauer Straße, doch neigt man jetzt dazu, das sogenannte Krankenhaus nicht stillzulegen wegen der Besonderheit der dort untergebrachten Kranken. Gedenkend neigt man mehr dazu, das Krankenhaus Friedrichstadt aufzugeben. Eine endgültige Entscheidung ist noch nach keiner Richtung hin gefallen, vielmehr werden noch vor der Entscheidung dieser sehr schwerwiegenden Frage die Krankenanstalten über ihre Ansicht befragt. In unterschiedlichen Kreisen rechnet man damit, daß noch gegen Ende dieses Monats die Entscheidung fallen wird. — Gestern vormittag stand im Reichskanzleramt eine vom Bezirks- und Bürgerverein Dresden-Friedrichstadt einberufene, sehr zahlreich teilnehmende Protestversammlung gegen die bedrohliche Schließung des Friedrichstädter Krankenhauses in Dresden laut. Der Vorsitzende des Vereins, Reichsanwalt Michaelbach, wies nach, daß das Friedrichstädter Krankenhaus dasjenige Dresdner Krankenhaus sei, das verhältnismäßig am wenigsten Rücksicht erfordere. Der

Bedner regte an, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob nicht eher die Schwesterenschule und die Kinderklinik, die beide dem Johannistädter Krankenhaus angegliedert sind und einen ähnlichen Zufluss von zusammen 800 000 R. verlangten, geschlossen werden könnten. Eine Schließung des Krankenhauses Friedrichstadt müsse für die Reichswehr im Dresdner Bereich katastrophale Folgen nach sich ziehen. In einer eindringlich angemessenen Entschließung wurde dagegen protestiert, daß das am wirtschaftlich arbeitende und bekämpferte Dresdner Krankenhaus einer unbefreiteten Sparmaßnahme zum Opfer fallen solle.

* Weihachtsfest des "Arbeitskreises" Dresden. Im Saal des Kreisschulhauses stand am Sonnabend abend eine Wiederholung des vom "Mittwoch" Dampen im Vorjahr erstmals gehaltenen Schauspiels "Die Nacht des Blutlauchs" statt. Es ist keine Weihnachtsspielerei, die dem Zeitgeschmack Rechnung trägt und die "Syltspiele" im Mittelpunkt steht. K. H. Oberstudiendirektor Härtner (Dampen) hat hier eine zeitlose Handlung gezeichnet und witzig ausgedacht, die auf liebenswürdig vornehme Erholung des akademisch eingestellten Bürgertums abzielt. Das gleiche gilt von der West Prof. Dr. Bernhard Hoffmann (Dresden), die in feinsinniger Einzelführung neben dem humor dreyens und Gemütswärme erkennen läßt. Von exzitierlichen Standpunkten konnte das Stück zeigen, wie mit einfachen Mitteln eine bis zuletzt spannende und anziehende Szenerie ermöglicht werden kann. Prof. Hoffmann leitete die Aufführung mit einer gewinnenden "Vorleser-Duettierung" ein, in die er auch die eigenen ad hoc geschriebenen Weisen des Schauspiels hinzutreibt. Es sind doch zu nennen ein Terzett-Triolet, ein amouröses Walzer-Duo und ein apartes Quartett, das mit finstigen aktuellen Spuren geschmückt war. Auch sonst hörte man Dampen an schlagartigen Bildern, die aus der Zeit und den kulturellen Erfahrungen herausgegriffen wurden. Die geschickte Regie war dem Dichter Dr. A. Härtner zu danken, der auch die Hauptrolle spielt. Sonst waren die Damen Berger und Henckel, sowie die Herren Kerchner, Marz, Richter (Faltzum) und Trenkler (Wolfsberg) mit Lust und Freude am Werk. Der Theaterauftritt folgte ein gelehrtes Beisammensein, in dessen studentisch gehobenem Verlauf mehrere Chorlieder in harmonischer Schönheit erklangen, u. a. der "Neue Frühling" und "Noch ist die blühende, goldene Zeit".

* Der Wasserstand der Elbe. Der Wasserstand der Elbe betrug heute vormittag + 140 cm. Es ist mit einem weiteren Anstieg des Wassers zu rechnen.

* Kraftwagenabfuhr. In der Nacht zum Sonnabend wurde auf der Straße Willy-Wilhelm ein Personalausweis eines Wagens entzerrt. Anhand eines Berichts des Wagens ermittelte die Kriminalpolizei

Lagen sollen noch andere Orte besucht werden, auf denen Berichte über schwimmende Wasserschäden vorliegen. Es besteht die Aussicht, daß in der bevorstehenden Landtagsverhandlung ausführliche Angaben über Umfang der Schäden und die notwendigen Hilfemaßnahmen gemacht werden können.

Die Gründung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes.

Am 10. Januar traten der Bundesrat und der Vertreter der Gewerkschaft Sächsische Staatsbeamten im großen Saal des Hygiene-Museums in Dresden zur Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes zusammen. Die von den Vorländern des BSS und des BGB ein gelebte Vorlage zur Gründung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes wurde unter großem Beifall einstimmig angenommen. Hierauf wurden noch die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründungsversammlung des Sächsischen Staatsbeamtenbundes führte eine Entwicklung, die weiteren für die Gründung notwendigen Beschlüsse gefaßt. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde Oberverwaltungsdirektor Eichler, zum 2. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Häbler und zum 3. Bundesvorsitzenden Oberregierungsrat Jannike gewählt. Die Gründ

a) auf Blatt 766: Die Firma Arthur Fischer in Ballenstein ist erloschen.
Amtsgericht Ballenstein I. R., 8. Januar 1932.

Auf Blatt 1017 des Handelsregister ist heute die Firma Arno Voehn Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Glashaus und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. Januar 1932 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Dauerkleiderstoffen und der Handel mit solchen. Das Stammkapital beträgt fünfzehnhundert Reichsmark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Fabrikant Arno Voehn in Glashaus. Protura ist erster der Olga Voehn ab Freitag und zum Wukermacher Hugo Baumann, beide in Glashaus.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Rechtsanwälter.
Amtsgericht Glashaus, 9. Januar 1932.

Im gleichen Handelsregister ist auf Blatt 155, die offene Handelsgesellschaft in Firma C. G. Henzel & So. in Tengenfeld bei, heute eingetragen worden, daß der Schlossermeister Otto Paul Richter ausgeschieden ist.
Amtsgericht Lengenfeld I. C., 8. Januar 1932.

Im gleichen Handelsregister A ist eingetragen worden 1. am 17. November 1931 auf dem die Firma H. Kurs Vertrieb in Mittweida betreffenden Blatt 430,
2. am 8. Januar 1932 auf dem die Firma Lothar Müller in Mittweida betreffenden Blatt 511 das Erklären dieser Firmen.
Amtsgericht Mittweida, 9. Januar 1932.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

a) auf dem Blatte der Firma Vogtländische Erzeugerische Kreisbank Aktiengesellschaft in Plauen, Nr. 3898: das Vorstandesmitglied Steiner, Paul a. D. Edmund Schmidt ist ausgeschieden;

b) auf dem Blatte der Firma Vogtländische Kreisbank und Bergbauanstalt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Plauen, Nr. 3899 durch Beschluss der Gesellschafter, vom 12. Dezember 1931 ist das Stammkapital um siebenhundertneunhundert Reichsmark, wobei auf zwanzigtausend Reichsmark erhöht und der Gesellschaftsvertrag durch den gleichen Beschluss laut Notariatsprotokoll von demselben Tage dementsprechend in § 4 und auch in den §§ 5 und 6 abgeändert und durch Einigung auf der §§ 9—15 ergänzt worden; der Geschäftsführer Ernst Bauch ist ausgeschieden; die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten;

c) auf dem Blatte der Firma Staub & Co. in Plauen, Nr. 617: Oskar Paula vom Altmannsgroß-Klee ist ausgeschieden; Geschäftsführer sind die Firma eine Gauf. Emil Weidner und Gustav Hermann Schmitt, beide in Plauen, ihre Stühlen sind erloschen; die Gesellschaft hat am 15. Dezember 1931 begonnen;

d) auf dem Blatte der Firma H. & J. Engländer in Plauen, Nr. 2248: die Gesellschaft ist ausgedient; Gustav Engländer ist ausgeschieden; der Kaufmann Gustav Engländer in Plauen führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma allein fort;

e) auf dem Blatte der Firma Jäger & Reiles in Plauen, Nr. 461: die Gesellschaft ist ausgeschieden; der Kommanditist ist ausgeschieden; der Kommanditist Gustav Jäger in Plauen führt das Handelsgeschäft unter der abgeschiedenen Firma Jäger & Reiles allein fort;

f) auf dem Blatte der Firma Staub & Co. in Plauen, Nr. 4648: die Gesellschaft ist ausgeschieden; der Kommanditist ist ausgeschieden; der Kommanditist Gustav Staub in Plauen führt das Handelsgeschäft unter der abgeschiedenen Firma Staub allein fort;

g) auf dem Blatte der Firma Schüttgarten, Zentral-Verkehr der Gewerkschaften Plauen, Langenstein & Co. in Plauen, Nr. 1892: Wilhelm Christian Gustav Wendler ist aus der Gesellschaft ausgeschieden;

h) auf Blatt 1798: die Firma Eduard R. Sommer in Plauen ist erloschen;

i) auf dem Blatte der Firma Alfred R. Sommer in Plauen ist erloschen; für den Kaufmann Gustav Lorenz ist erloschen; für den Kaufmann Gustav Michael kommt die Bekanntmachung des Prokuristen als Prokuristur in Weißig;

k) auf dem Blatte der Firma Robert Döhring in Plauen, Nr. 1267: die Prokura des Kaufmanns Röhl ist erloschen;

l) auf dem Blatte der Firma Heilig Seidel & Co. in Plauen, Nr. 1444: Bernhard Martin Dörschmiedt ist ausgeschieden; das Handelsregister ist vom 1. Januar 1932 ab auf unbestimmtes Zeit verpachtet; als Pächter ist der Buchdruckerei Otto May Huber in Plauen Inhaber; er hofft nicht für die im Betriebe des Inhabers beginnend in Verbindlichkeiten der bisherigen Inhaber, es gehen auch nicht für die in diesem Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über;

m) auf Blatt 4761 die Firma Tropisch & Co. Zweigstelle Plauen in Plauen, zweite Überholung der in Bremen unter der Firma Tropisch & Co. befindenden Hauptniederlassung und weiter, daß der Diplom-Ingenieur Werner Gustav Friedrich Tropisch in Bremen und der Kaufmann Gustav Alfred Bernhard Tropisch in Plauen die Gesellschaft sind und die Gesellschaft am 2. Oktober 1931 begonnen hat.
Angewandte Geschäftsführung und Geschäftsführer: Export, Import, Kommission und Bezeichnungen, Kunststoff. A. Reg. 11/30

Amtsgericht Plauen, 9. Januar 1932.

Auf Blatt 130 des Handelsregister ist die Firma H. G. Richter in Taucha betr. in heute eingetragen worden: Bis zum Kaufmann Alfred Ludwig Richter in Taucha erzielte Prokura ist erloschen. Inhaber der Firma ist der Kaufmann Alfred Ludwig Richter.
Amtsgericht Taucha, 9. Januar 1932.

Das auf Blatt 125 des Grundbuchs für Waren, für eingetragene verleihliche Zeichenrecht „Neuerpöbel“ ist durch Beschluß des Oberbergamts Freiberg der Berechtigten, der Gewerkschaft Sachsen, glück in Schmiedeberg, entzogen worden. A. Reg. 11/32
Es wird daraus hingewiesen, daß das Bergbaurecht erlischt, wenn nicht binnen drei Monaten nach der Bekanntmachung von den nach § 392 Abs. 1 des Allg. Berggesetzes für Sachsen zum Antrage Berechtigten die Zwangserweiterung des Bereichs beantragt wird oder die Verarbeitung mangels eines willkommenen Gebots nicht zum Faßhülage führt. (§ 225)

Amtsgericht Dippoldiswalde, 7. Januar 1932.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Reichsgericht Teil I. Die am 3. Jan. ausgetragene Nr. 1 enthält: Durchführungsbeschlüsse zur Reichsluftfahrt: Ausbildung- und Überlebensübungsbestimmungen über das festsitzende Dienstpersonal; Übertragung der Befugnisse des Reichsministers für Reichsverteidigung an die obersten Landesbehörden; Begr. über die Befreiung von der Heizungsgebühr zur Arbeitslosenversicherung, sowie Begr. über internationale Kraftabgängerverlehr.

Börsenwirtschaft.

Berliner Börsenhandelsdienst.

Zum Wochenhilfe entzweigte sich das Geschäft im gleichen telefonischen Freiverteile bewertenswert sehr. Die Umsatzfähigkeit war besonders für einen Sonnabend gewöhnlich reger und erreichte sich auf fast alle Marktgediekte. Es scheint sich jetzt international eine Hausspeziifikation zu bilden, die immer wieder an den einzelnen Märkten einrichtende Bewegungen neu auslöst. Auch in New York konnte man am Freitag die die Verbesserung machen.

Nach schwächerem Auftreten war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich reger, ebenso wie die Autoindustrie. Die Kriegsstimmung im Osten, die Vorräte in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar gültigen Kupons prompt eingelöst hat, was ja auch in den vorher beschriebenen Berichten hinzugekommen ist. Händelnde lagen zum Ausgang in Indien, die Schwierigkeiten des künftigen Kabinetts, die Unzufriedenheit um Hindenburg u. a. konnten das Volkstum nicht von neuen Anlangen trennen. Das Hauptinteresse erstreckte sich aber am Sonnabend auf den Automobilmarkt. Während Montagreise durchsetzte Hoffmann war der Schuh wieder ansonsten gewöhnlich wenig verändert, eher angehoben waren, wurden Auslandspionierziele teilweise bis zu 1% höher geschaut. Auch Kommunalanleihen bestanden sich ebenfalls um ½ bis 1%. Es bediente an diesem Markt besonders, daß die Stadt Berlin die am 1. Januar